

Ungarische Politik jenseits von Nationalstaat und Nationalismus: Gustav Gratz (1875—1946)

Von Günter S c h ö d l, Erlangen

Deformierung von Politik und interethnischer Kommunikation, Erschütterung historisch gewachsener und legitimierter Ordnungen durch die anonym-elementare Dynamik des Massenhaft-Irrationalen, besonders durch Absolutsetzung des Nationalen, — die Auseinandersetzung mit diesen Tendenzen der Moderne hat den Lebensweg von Dr. Gustav Gratz, der zwischen 1917 und 1921 u. a. die Ämter des ungarischen Finanz- und Außenministers bekleidete,¹ in hohem Maße bestimmt.

Seine — bisher unveröffentlichten — „Lebenserinnerungen“² bringen dies zum Ausdruck. Geradezu hinein g e b o r e n in den Loyalitätskonflikt zwischen ungarischem Staat und deutscher Kultur, ungarischem Nationalinteresse und multinationaler Monarchie lernte es der Pfarrerssohn deutscher Abstammung, zu den Versuchungen der Politik unseres Jahrhunderts Abstand zu wahren: zur Radikalisierung überlebter Eliten und Ideen gleichermaßen wie zu den eschatologischen Perspektiven ihrer nationalen und sozialen Antithesen. Gegenüber der drängenden Loyalitätsforderung eines antimodernistisch-aggressiven Nationalismus im beginnenden Zeitalter der Diktatoren suchte Gustav Gratz einen Halt: Er fand individuelle Orientierung in pragmatisch-konservativer Lebenserfahrung und in der konzeptionellen Tradition des mitteleuropäischen Liberalismus.

1 Die folgenden Ausführungen sollen auf die zur Edition anstehenden „Lebenserinnerungen“ von Dr. Gustav Gratz hinweisen. Diesem Projekt ist auch die Aufgabe vorbehalten, den Zusammenhang mit der Forschungsdiskussion — besonders mit derjenigen in Ungarn — herzustellen. Dementsprechend haben die folgenden, bewußt kurzgefaßten Anmerkungen nur den Zweck, die Gratz'schen Memoiren als Materialgrundlage kenntlich zu machen. Die wichtigsten Lebensdaten Gratz' finden sich in Magyar életrajzi lexikon. Főszerk.: Kenyeres, Ágnes. 1. Bd. Budapest 1981³, S. 618 f.; Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas. Hrsgg. v. Mathias Bernath und Felix von Schroeder. 2. Bd. München 1976, S. 84 f.

2 Die Tagebücher, autobiographischen Aufzeichnungen u. ä. befinden sich in Familienbesitz. Im folgenden: „Lebenserinnerungen“

Zur Literatur: eine brauchbare biographische Darstellung zu Gratz gibt es nicht; häufige Erwähnung findet er aber in der Literatur über Trianon-Ungarn. Aus einer Reihe wertvoller Arbeiten seien hier nur einige Beispiele angeführt, die zugleich verschiedene Forschungsansätze repräsentieren.: Kerekes, Lajos: Von St. Germain bis Genf. Österreich und seine Nachbarn 1918—1922. Dt. Ausgabe Wien et al. 1979; Bellér, Béla: Az ellenforradalmi rendszertől a nemzeti politikájának kialakulásáig (1923—1929). in: Századok 107 (1973), S. 644—686; Tilkovszky, Loránt: Ez volt a Volksbund. Budapest 1978; Spira, Thomas: German-Hungarian relations and the Swabian problem. New York 1977; Hillinger, Michael G.: The German national movement in Interwar Hungary. Diss. Columbia, New York 1973 und Weidlein, Johann: Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1930—1950. Schorndorf 1959.

Die vorliegenden „Lebenserinnerungen“ erzählen und analysieren diesen zeittypischen Weg eines liberal-konservativen Bürgers ins Abseits, von den Chefetagen mitteleuropäischer Politik und Wirtschaft schließlich in Isolierung und „Konzentrationslager“;³ er gemahnt an die Zerbrechlichkeit der Autonomie von Vernunft und Gewissen angesichts kollektiver Desorientiertheit.

Die folgenden Ausführungen beruhen weitgehend auf umfangreichen autobiographischen Materialien, die Gustav Gratz hinterlassen hat. Ihr Zweck ist erreicht, wenn es gelingt, die wesentlichen Konturen seines politischen Profils sichtbar zu machen.⁴

I

Gratz' Bericht über ein Politikerleben, über eine vorzeitig abgebrochene politische Karriere erscheint glaubwürdiger als Politikermemoiren gemeinhin: Kritisch und nüchtern, auch selbstkritisch und mit einer gewissen Portion Ironie bemüht sich der Verfasser darum, vom bloßen Erinnern und Erzählen zum Erklären und Urteilen zu gelangen. Persönliches wird dem Beruflichen und Öffentlichen, überhaupt der politisch-gesellschaftlichen Gesamtsituation zugeordnet.

Die autobiographischen Aufzeichnungen, deren maschinschriftliches Exemplar 452 Seiten umfaßt, beziehen sich auf die Zeit von 1917 bis 1945. Weitaus am ausführlichsten wird die Umbruchphase von 1917 bis 1921 geschildert. Dies erklärt sich daraus, daß die letzten Jahre der Habsburgermonarchie und die Anfänge Trianon-Ungarns zugleich die Kulminationsphase von Gratz' politischer Laufbahn darstellten.

Gustav Gratz, am 30. März 1875 geboren, erreichte den ersten Höhepunkt seiner Laufbahn, als er am 15. Juni 1917 ungarischer Finanzminister wurde. Er spielte danach — als Sektionschef im Gemeinsamen Ministerium des Äußeren war er Leiter der handelspolitischen Abteilung — eine wichtige Rolle u. a. bei den Friedensverhandlungen von Breszt-Litovszk und Bukarest. Als entschiedener Gegner des revolutionären Wandels seit Herbst 1918 bekleidete er seit dem 22. November 1919 das Amt des ungarischen Gesandten in Österreich. Anschließend, vom 17. Januar 1921 bis zur Rückkehr König Karls Ende März 1921, hatte er das Amt des ungarischen Außenministers inne.

3 Die Behauptung von Anton Tafferner — in: Gustav Gratz, 1875—1946. in: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 24 (1975), S. 110—114, hier 114 — daß Gratz in ein „ungarisches Konzentrationslager gekommen sei, ist unzutreffend: er wurde nach kurzer Haft bzw. Internierung in Budapest (ab 1. 4. 1944) und in Österreich (Wien und Oberlanzendorf) am 5. 5. 1944 in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht.

4 In der neueren Fachliteratur wird von Gratz ein überwiegend negatives Bild gezeichnet. Die meisten Teilnehmer der älteren wie der neueren ungarischen, der ungarndeutschen und der anglo-amerikanischen Fachdiskussion stimmen — trotz aller sonstiger Meinungsunterschiede — weitgehend darin überein, daß Gratz ein nationaler ‚Konvertit‘, „Magyarone“ u.ä. gewesen sei.

Weniger ausführlich berichten die Memoiren über die Zeit nach dem Scheitern der „legitimistischen“ Aktionen dieses Jahres. Gratz' politischer Aufstieg war abrupt beendet. Er widmete sich in erster Linie der Fortsetzung jener publizistisch-historiographischen⁵ und wirtschaftlichen Tätigkeit, die er schon vor der Vorkriegszeit als Mitbegründer und Redakteur von Huszadik Század, auch als Mitarbeiter von Pester Lloyd, Neuer Freier Presse, Kölnischer Zeitung usw. bzw. seit 1912 als Geschäftsführer von Gyár-iparosok Országos Szövetség ausgeübt hatte. Auch sein Wirken als Abgeordneter, das bereits 1906 durch Vertretung eines siebenbürgisch-sächsischen Wahlkreises⁶ in Anlehnung zunächst an „Alkotmánypárt“ bzw. an „Nemzeti Munkapárt“ begonnen hatte, erneuerte er. Er kehrte im Dezember 1926 als Abgeordneter — zunächst für Bonyhád und seit 1936 für Budapest-Nord — ins Parlament zurück. Zunächst in lockerem Zusammenhang mit dem Regierungslager, wandelte sich seine Haltung allmählich in oppositionellem Sinne. 1935/36 schloß er sich der „Polgári Szabadságpárt“ an. Vor allem übernahm er, der auch wirtschaftlich tätig war, im Jahre 1924 das Präsidium des „Magyarországi Német Népművelődési Egyesület“ Weithin im Einverständnis mit der Regierung handelnd, bemühte er sich in dieser Stellung bis Ende 1938 vor allem um einen modus vivendi zwischen dieser wichtigsten Organisation der deutschen Minderheit und der ungarischen Regierung.

Die Schilderung dieses Lebenswerkes akzentuiert vorrangig folgende Stoffkreise:

1. Auflösungsprozeß der Habsburgermonarchie während der letzten Kriegsjahre, wobei Gratz z. B. in Breszt-Litovszk geradezu in die Rolle eines Mitgestalters der gesamtstaatlichen Politik aufrückte;
2. der Umbruch von 1918/19, — gesehen aus der Perspektive eines Anhängers des „dualistischen Systems“, der als Politiker den — im damaligen „Transleithanien“ seltenen — Typ eines patriotischen und dennoch unemotional-pragmatischen ‚Machers‘ à la Wekerle verkörperte;
3. die „legitimistischen“ Aktivitäten in ihrem internationalen Zusammenhang, — dies aus der Sicht eines ihrer wichtigsten Träger;
4. die Entwicklung Ungarns während der Zwischenkriegszeit, — Gratz als bürgerlicher Politiker und zugleich als liberal-konservativer Kritiker des eskalierenden Nationalismus sowie antiliberaler Innen- und Wirtschaftspolitik;
5. deutschnationale Verhärtung, schließlich nationalsozialistische Radika-

5 Er veröffentlichte u. a. mehrere Bände zur neuesten Geschichte Ungarns: „A dualizmus kora 1867—1918.“ 2 Bde. Budapest 1934 und „A forradalmak kora 1918/19.“ Budapest 1935. U. a. hierauf bezog sich seine Ernennung zum korrespondierenden Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1941. Ferner war er Herausgeber des ungarischen Wirtschaftsjahrbuches. Sein Buch „Deutschungarische Probleme“ dokumentierte sein minderheitenpolitisches Wirken (Budapest 1938).

6 Von 1906 bis 1917 hatte er das Mandat des Wahlkreises Leschkirch inne.

lisierung der deutschen Minderheitenpolitik, — seit der veränderten Haltung der Regierung unter Károlyi/Gömbös und angesichts reichsdeutscher Einmischung via Franz Basch zeichnete sich das Scheitern von Gratz als Vermittler zwischen Regierung und Minderheitenführung ab.

Als Ergänzung der eigentlichen Memoiren darf ein kleineres Manuskript gelten, das vor allem Jugend, Familiengeschichte und frühe politisch-berufliche Entwicklung bis 1917 darstellt.⁷

Für den historiographischen Wert der Memoiren spricht die Tatsache, daß sie vor allem auf handschriftlichen, teilweise erhaltenen Tagebuchaufzeichnungen beruhen. Sie enthalten daher viele personengeschichtliche und atmosphärische Details, die nur einem Zeitgenossen zugänglich sein konnten. Außerdem erklärt sich hieraus die offenkundig in hohem Maße authentische, oftmals ausführliche Wiedergabe von Gesprächen, die der Verfasser vor allem zwischen 1917 und 1921 mit bedeutenden Politikern führte, — u. a. mit dem letzten Monarchenpaar Österreich-Ungarns, ferner mit Czernin und Burián, Tisza und Andrassy, Ludendorff und Kühlmann, — auch mit Trotzki.

Sämtliche erwähnten Manuskripte, sowohl die maschinen- als auch die handschriftlichen, sind ausschließlich in deutscher Sprache abgefaßt. Offensichtlich hat Gratz nicht beabsichtigt, sie in d i e s e r, nunmehr vorliegenden Fassung zu veröffentlichen. Er widmete sie seinen Nachkommen zur historisch-politischen Belehrung. Noch nicht endgültig geklärt ist der Zeitpunkt ihrer Niederschrift bzw. Entstehung. Hierzu können nur ungefähre Angaben gemacht werden. So steht zumindest fest, daß der bis zum Ende der dreißiger Jahre reichende Hauptteil der Memoiren am 30. März 1943 abgeschlossen worden ist.⁸ Den die Zeit des zweiten Weltkriegs behandelnden Schlußteil hat Gratz wohl als ganzen erst unmittelbar nach Kriegsende, also in seinem letzten Lebensjahr, vollendet.⁹

Die separate Darstellung der Zeit vor 1917 dürfte frühestens in den zwanziger Jahren, jedenfalls noch v o r 1936 entstanden sein.

Gratz blieb zeitlebens, was er schon vor 1918 gewesen war, — Anhänger einer *monarchisch-supranational organisierten Wirtschaftsgemeinschaft* der Völker des Donau- und Karpatenraums.

An dieser monarchisch-konservativen Grundhaltung und an bestimmten pragmatisch-liberalen Auffassungen von Wirtschafts-, Innen- und Kulturpolitik hielt er fest. Dies bewahrte den unbedingten Revolutionsgegner davor, sich mit den *Methoden* der Gegenrevolution und mit dem national-

7 Dieses Manuskript (113 Seiten masch.) setzt sich aus einer autobiographischen Skizze — „Aus meinem Leben.“ — und familiengeschichtlichen Materialien zusammen. Im folgenden: „Familie Gratz“

8 Lebenserinnerungen, S. 328; Hinweis von Gratz.

9 a. a. O., S. 329—452. Gratz starb am 21. XI. 1946 in Budapest. Teile dieser Darstellung müssen bereits während des Krieges geschrieben worden sein. Dies zeigt die *consecutio temporum* u. a. auf S. 330.

stisch-rückschrittlichen Kurs ‚Trianon‘-Ungarns völlig zu identifizieren. Es versteht sich — methodologisch gesehen — von selbst, daß derartige Identifikationsvorbehalte des ‚Bürgers‘ Gratz nach 1918 in verschiedener Weise interpretiert werden können. Desgleichen die typisch „dualistische“ Kombination von Monarchismus und ungarischem Patriotismus vor 1918. Aber unabhängig von der Tatsache unterschiedlicher Erkenntnis- und Urteilsvoraussetzungen heutiger Betrachter dürfte als wichtiges Charakteristikum des gesamten politischen Wirkens von Gratz unumstritten sein: seine grundsätzliche Distanz zu Nationalstaat und Nationalismus.

Zwiespältig allerdings war seine politische Praxis nach dem Ende der Monarchie, das er innerlich nie akzeptierte. Einerseits arbeitete er vehement an der Errichtung des gegenrevolutionären Regimes mit, in dessen Auftrag er bis in der Zeit des zweiten Weltkrieges hinein wiederholt wichtige Aufgaben übernahm. Andererseits aber entzog er sich — besonders seit dem Rücktritt des ihm befreundeten Bethlen — in glaubwürdiger Weise einer Identifizierung mit ‚Trianon‘-Ungarn, — bezeichnenderweise schloß er sich 1936 als Parlamentarier einer liberalen Außenseitergruppe um Károly Rassay an.

Gewiß wäre es übertrieben, Gratz wegen seiner Vorbehalte gegen die nationalistisch-antiliberalen Richtung der ungarischen Politik nunmehr zum Avantgardisten einer durchgreifenden politisch-gesellschaftlichen „Modernisierung“ Ungarns hochzustilisieren. Seine Kritik hatte keineswegs zur Folge, daß er sich in eine Art ‚innerer Emigration‘ begeben hätte. Er war durchaus bereit, mit den jeweiligen Regierungen der Zwischenkriegszeit einen ‚modus vivendi‘ zu suchen, — schon aus Gründen der Selbsterhaltung. Aber er hat sich nicht ohne weiteres angepaßt. Trotz seiner *partiell* opportunistischen politischen Praxis gehörte er in Mitteleuropa zu den wenigen bürgerlichen Politikern, Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern von Rang, die das nahende Verhängnis längst *vor* 1939 erkannt haben. Er beließ es nicht bei bloßen Warnungen vor Hitler, Gömbös u. a.: sein parlamentarisches Auftreten und sein Rückzug aus mancherlei halboffiziösen Funktionen zeigen, daß im Laufe der späten dreißiger Jahre seine Bereitschaft zu Kompromiß und Anpassung erheblich abnahm.

III

Um das politische Verhalten von Gustav Gratz zu verstehen, ist es nötig, seine Herkunft und die frühe Prägung seiner Grundüberzeugungen zu skizzieren.

Seine politische Persönlichkeit wurde geprägt, *b e v o r* er im Jahre 1917 seine eigentliche Karriere begann. Er wurde geradezu hineingeboren in die Nationalitätenproblematik des habsburgischen Vielvölkerstaates, in die multiethnische Konkurrenz- u n d Toleranzzone des westungarischen Grenzgebietes. Seine Vorfahren stammten aus Preßburg und dem Wiesel-

burger Komitat.^{9a} Sein Vater, der evangelische Pfarrer Moritz Gratz (1844—1907), war in Nickelsdorf geboren; die Vorfahren seiner Mutter, der Budaer Gastwirtstochter Emma Dax (1854—1928), kamen aus den Deutsch Jahrndorfer Familien Dax und Fanzler. Matthias Gratz (1801—1867), sein Großvater, gehörte einer Preßburger Weinhauerfamilie an; er versah von 1826 bis 1867 das Lehramt in Nickelsdorf, wo er in die ortsansässige Familie Günther einheiratete.

Wie sehr familiäre Tradition und überkommene politische Erfahrungen auf ihn einwirkten, hebt Gratz in seinen Memoiren mehrmals hervor. Schon als Schüler war er mit der Frage nach seiner persönlichen Beziehung zur Politik, zum ungarischen Staat konfrontiert. In den deutschsprachigen Gymnasien von Iglau und Bistritz ebenso wie im — ungarisch bestimmten — Alltag seiner ‚zweiten Heimat‘ Klausenburg wurde ihm die soziale Dimension des nationalen Identitätsproblems bewußt: der erstrebte soziale Aufstieg in einem akademischen Beruf war im Ungarn der späten Kálmán Tisza-Ära nicht mehr möglich ohne weitgehende Identifizierung mit dem Staatsvolk.

Es ist nicht gerechtfertigt, diesen Weg einer teils freiwilligen, teils erzwungenen Assimilierung als Resultat individueller Charakterschwäche oder als Verrat am eigenen Volke zu interpretieren. Letztlich handelte es sich dabei um realistische Anpassung des einzelnen Minderheitenangehörigen an die Vereinheitlichungstendenz einer sich modernisierenden Massengesellschaft. Verbürgerlichung und „Magyarisierung“ bestimmter sozialer Schichten erwiesen sich im Laufe des 19. Jahrhunderts als zwei, weitgehend komplementäre Seiten *eines* Vorganges. So war die Integrierung des jungen Gratz ebenso wie sein späteres Auftreten als *ungarischer* Politiker individuelle Ausformung einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklungslogik, die sich historisch-langfristig durchgesetzt hatte. Die „Magyarisierung“ des deutschen Pfarrerssohnes stellt die insofern konsequente Fortsetzung einer sozialen Verhaltenstendenz dar, die sich in seiner Familie schon seit dem frühen neunzehnten Jahrhundert abgezeichnet hatte.

In diesem Sinne repräsentativ für die Entwicklung des deutschungarischen städtischen Bürgertums, besonders der Intellektuellen, im neunzehnten Jahrhundert: bereits der Großvater Matthias Gratz (1801—1867) nahm Abschied von seiner „Sehnsucht nach Deutschland“.¹⁰ Politische und materielle Umstände hinderten ihn, den Sohn einer Weinhauerfamilie in Preßburg an einem Studium in Deutschland. Er mußte sich damit abfinden, sein Leben in einem kleinen Ort¹¹ im südlichen Vorland von Preßburg als Dorfschullehrer zu verbringen. Er selbst war es, der diesem unfreiwilligen Verzicht auf volle Integration in das deutsche Kulturleben eine positive Wen-

9a Die folgenden Angaben nach: „Familie Gratz“

10 Familie Gratz (vgl. Anm. 7), S. 3.

11 Nickelsdorf.

dung gab: als sein Sohn Moritz (1844—1907) in die gleiche Situation geraten war, förderte der Vater bewußt das Interesse des jungen Theologen an der ungarischen Sprache und Literatur. Zwar empfand auch Moritz die unfreiwillige Distanz zu Deutschland noch als persönlichen Verlust. Aber er fühlte sich doch in der ungarischen Kultur bereits heimisch. Wie die Mehrzahl seiner Standes- und Altersgenossen bekannte er sich als junger Mann zu einem ausgesprochenen „Magyarismus“.¹² Obwohl er sich persönlich als Deutscher verstand, begann er, Lyrik in ungarischer Sprache zu veröffentlichen und im „Önképzőkör“ seiner Heimat mitzuarbeiten. In *politischer* Hinsicht gehörte er zu jenen liberalen deutschen Bürgersöhnen, die sich als ungarische Patrioten gegen ‚Wien‘ wandten. Daran erinnerte er sich später mit einer gewissen Ironie: „Wir waren natürlich schreckliche Magyaren, mit Sporen und ungarischen Stiefeln“.¹³

Moritz Gratz fand trotz dieser inneren Hinwendung zum Staatsvolk noch nicht zur vollen Integration in die magyarische Bewußtseinsgemeinschaft. Diese Erfahrung gehörte zu den frühen prägenden Eindrücken seines Sohnes Gustav: er begriff, daß der Vater, inzwischen Stadtpfarrer der Universitätsstadt Klausenburg in den bewegten neunziger Jahren weder auf der Seite des Staatsvolkes noch auf derjenigen der siebenbürgisch-sächsischen Minderheit volle Anerkennung fand.¹⁴ Dennoch — oder gerade deswegen — wurde der junge Gustav dazu erzogen, diese generationenübergreifende Annäherung an das Staatsvolk fortzusetzen. Bezeichnenderweise war er es schon als Kind gewöhnt, von seinen Eltern als „tüchtiger ‚magyar ember‘“¹⁵ gelobt zu werden, wenn er Fortschritte im Erlernen der ungarischen Sprache machte.

Gustav Gratz war also in eine familiäre Kontinuität der Anpassung an das Staatsvolk geradezu hineingestellt worden. Seine persönliche Entwicklung kann als Exempel jener Assimilation deutschstämmiger Teile der Stadtbevölkerung aufgefaßt werden, die sich unter den politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von dualistischem System und wirtschaftlicher Modernisierung besonders seit den achtziger Jahren erheblich beschleunigte. Kennzeichnend für das schnelle Fortschreiten dieser Entwicklung: Schon 1876 erwies sich der Versuch des Abgeordneten Edmund Steinacker, den städtischen Mittelstand besonders deutscher Herkunft in einer Bürgerpartei zu organisieren, als völlig aussichtslos.¹⁶

12 Familie Gratz, S. 46.

13 ebda

14 a.a.O., S. 45.

15 a.a.O., S. 30.

16 Zum Gesamtzusammenhang vgl. u.a. *Magyarország Története*. Bd. 6, 2 Teile. Fősz.: Kovács, Endre, Szerk.: Katus, László. Budapest 1979. Ferner u.a. Gottas, Friedrich: *Ungarn im Zeitalter des Hochliberalismus. Studien zur Tisza-Ära (1875—1890)*. Wien 1976. Aufschlußreich auch die Memoiren von Edmund Steinacker: *Lebenserinnerungen*. München 1937, Kap. VIII—X.

Unter familiären und politisch-gesellschaftlichen Bedingungen dieser Art formte sich die Grundkonstellation des politischen Verhaltens von Gustav Gratz heraus. Sie erschien später vielen Zeitgenossen nur schwer begreiflich. Und doch war es geradezu das ‚logische‘ Resultat langfristigen sozialen Lernens, daß er sich ab 1917 als Politiker voll mit den Interessen des ungarischen Staates identifizierte, ohne aber in seiner *privaten* Existenz die Beziehung zur deutschen Kultur aufzugeben. Ein offenes Bekenntnis aber zu dieser bleibenden Bindung hätte zu jener Zeit im transleithanischen Reichsteil — anders als im cisleithanischen! — das Risiko sozialer Sanktionen nach sich gezogen. Der soziale Aufsteiger — besonders wenn er, wie der junge Gratz, persönlich von Minderwertigkeitsgefühlen¹⁷ und *zugleich* von einem starken Geltungsdrang¹⁸ beeinflusst wurde — *mußte* versuchen, den Rollenerwartungen einer sich beschleunigt „magyarisierenden“ Umwelt optimal gerecht zu werden. Dies blieb ein ganzes Leben lang seine existentielle Grundsituation: er gehörte einem „Volk mit zwei Seelen“¹⁹ an. Die Suche nach Identität wurde für ihn zum ständigen Problem. So wurde er als junger Mann in magyarischer Umgebung verdächtigt, nicht wirklich loyal zu sein, — er galt als „schwarzgelb“;²⁰ andererseits warf man ihm von sächsischer Seite vor, die ausgesprochene Notwehrsituation der siebenbürgischen Deutschen gegenüber dem ungarischen Staate nicht anzuerkennen.²¹ Gratz seinerseits wurde dadurch veranlaßt, sowohl den magyarischen wie den siebenbürgisch-sächsischen Nationalismus kritisch zu beobachten.

Diese Art von ‚Programmierung‘ seines politischen Verhaltens erfolgte bereits, *bevor* er sich mit Problemen der ideologisch-parteilpolitischen Orientierung befaßte. Eine *liberale* Grundhaltung war insofern vorgeformt. Zu den wichtigsten Lektionen sozialen Lernens, die Gratz schon in seiner ‚vor-politischen‘ Phase internalisierte, gehörte diese Einsicht: magyarischer und sächsisch-deutscher Nationalismus sind — als Varianten des kollektiven Egoismus — letztlich unvereinbar.²² Das Zusammenleben von Staatsvolk und Minderheit erforderte daher seiner Meinung nach eine konzeptionelle Absicherung durch grundsätzliche Kompromißbereitschaft und allgemein gültige, unmittelbar einsehbare menschliche Grundrechte.

Insofern bezeichnend ist, was er schon als Gymnasiast in Bistritz 1890/91 in seinem Tagebuch festhielt: „Wir kamen dann auf das Thema: Sachsen und Magyaren... Hier in Bistritz sehe ich jetzt ein, welche Fehler beide begehen... ich halte mich in erster Reihe weder für einen Magyaren noch für einen Deutschen, sondern betrachte mich einfach als ein Glied der Menschheit, als einen Bürger der Welt...“²³ Dies sind erstaunlich selbstbe-

17 Familie Gratz, S. 36, 72.

18 a. a. O., S. 66.

19 a. a. O., S. 57.

20 a. a. O., S. 58 f.

21 a. a. O., z. B. S. 65 f.

22 ebda

23 a. a. O., S. 66, Eintrag vom 24. 5. 1891.

wußte Einsichten eines Sechzehnjährigen, — schon deswegen, weil zu dieser Zeit um ihn herum die Wehrgesetzkundgebungen in der ungarischen Öffentlichkeit eskalierten und die Wogen nationalistischer Polarisierung hochgingen.

Zur grundsätzlich bürgerlich-liberalen Einstellung des jungen Gratz trug selbstverständlich auch die mit Lebensjahren zunehmende Reflexion auf seine soziale Herkunft bei. Es war teils sozialer Instinkt, teils rationale Entscheidung, daß er sich zunächst vor allem liberalen Ideen zuwandte. Repräsentanten liberalen Denkens waren es, die seine politisch-weltanschauliche Standortsuche *inhaltlich* bestimmten, — unter den ‚Klassikern‘ des Liberalismus u. a. Montesquieu sowie Vertreter des südwestdeutschen Liberalismus, unter den Zeitgenossen beispielsweise Herbert Spencer.²⁴

Konsequenterweise näherte sich Gratz als Student und danach seit 1896 als Journalist liberal-fortschrittlichen Kreisen. Er identifizierte sich weitgehend mit den Anliegen der liberal-sozialistischen Reformdiskussion. Besonders mit der Forderung nach Wahlrechtsdemokratisierung. Auch für Agrarreform, gerechtere Behandlung der ethnischen Minderheiten und generelle ‚Modernisierung‘ der ungarischen Gesellschaft trat er ein. Ausdrücklich wandte er sich gegen den Antisemitismus. Aus dieser liberal-reformerischen Perspektive befaßte er sich während seines rechts- und staatswissenschaftlichen Studiums, das 1898 in Klausenburg zur Promotion führte, auch mit allgemeineren geschichtswissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gegenständen. Als Mitarbeiter führender liberaler Zeitungen wie des „Pester Lloyd“ (seit 1896), der „Kölnischen Zeitung“ (seit 1898), der Wiener „Zeit“ (seit 1900) und seit 1906 der „Neuen Freien Presse“ wurde er noch intensiver in den liberalen Gedankenkreis eingebunden.²⁵

Den Übergang von der Journalistik zur politischen, genauer: reformerischen, Praxis fand er im Jahre 1899. Als Mitglied eines Budapester reformerischen Intellektuellenzirkels war er führend beteiligt an der Gründung der Zeitschrift „Huszadik Század“ (im Herbst 1899) und der assoziierten Organisation der „Társadalomtudományi Társaság“ (1901).²⁶ Im Gedankenaustausch u. a. mit Oszkár Jászi, Dionys Berinkei, Melchior Szántó, Érvin Szabó u. a. festigte und klärte sich seine grundsätzlich liberale Haltung.

Aber zugleich traten gewisse Unterschiede gegenüber den Auffassungen mancher Gesinnungsfreunde hervor. Zum einen grenzte er sich ab gegen den „in Literatenkreisen“²⁷ modischen sophistischen Skeptizismus. Zum anderen geriet er mit — aus seiner Sicht — radikalen Reformern in grundsätzliche Auseinandersetzungen. So bekämpfte er die Auffassung des Vizepräsidenten von „Társadalomtudományi Társaság“, Gyula Pikler, „Gedan-

²⁴ Besonders betont er seine Beeinflussung durch Klassiker des Liberalismus.

²⁴ a. a. O., S. 67 f., 74.

²⁵ a. a. O., S. 36, 74, 79.

²⁶ a. a. O., S. 74 f.

²⁷ a. a. O., ebda.

kenfreiheit heiße nicht, daß jedermann denken könne, was er wolle, sondern daß man alle Momente, die dem freien Gedanken im Wege stehen ... ausrotten müsse."²⁸ Zeitlebens beharrte er auf dieser Position: er verabscheute die Radikalisierung liberalen, selbstkritischen Reformdenkens zu einer säkularisierten Politreligion, die sich selbst ‚kanonisiert‘. Zur Trennung vom ‚Huszadik Szzad‘-Kreis kam es im Herbst 1906. Nachdem Gratz schon 1903 die Redaktion der Zeitschrift abgegeben hatte, löste er sich nun von dem ‚ganzen radikalen Kram.'²⁹ Er wollte nicht den Weg mitgehen, den die Anhänger von Jszi und Szab eingeschlagen hatten: ‚Der größte Teil meiner Freunde gab sich ... einer Art Salonsozialismus hin ... Sie traten

durch Vermittlung Erwin Szabs auch in direkte Verbindung mit den Führern der sozialdemokratischen Partei ...'³⁰ Viele seiner Freunde versuchten ihre letztlich bürgerliche Lebensweise mit reformerischer Radikalität zu verbinden. Gratz erschien dies unglaublich. Trennend wirkte auch, daß sein eigenes Reformdenken allmählich konservative Züge annahm. Er wollte Reform nicht, um eine *neue* Ordnung zu schaffen, sondern nur, um die *gegebene* lebensfähig zu erhalten und gegen revolutionäre Erschütterungen abzusichern. Dieser Gegensatz der Zielstellung zeigte sich deutlich, als er 1905/06 zum letztenmal in der ‚Liga für das allgemeine Wahlrecht‘ mit dem Kreis um Szab zusammenarbeitete: während letzterer die Demokratisierung des Wahlrechts als *Teilschritt* auf dem Wege zu durchgreifender Modernisierung Ungarns ansah, wertete Gratz diese Reform nur als Maßnahme zur Systemstabilisierung. In enger konzeptioneller Anlehnung an das Programm des Innenministeriums im Kabinett Fejrvry, Jzsef Kristffy, erwartete er von der Wahlrechtsliberalisierung die ‚Beseitigung der damaligen völlig unfruchtbaren staatsrechtlichen Streitigkeiten ... , die das Parlament zu jeder ernstesten sozialen und wirtschaftlichen Arbeit unfähig machten und die mir auch für den staatlichen Bestand Ungarns gefährlich schienen.'³¹

Während der Auseinandersetzungen der Jahre 1905/06 gewann der Liberalismus von Gratz seine abschließende, nach heutigen Begriffen konservative Prägung. Entschlossen den Erwerb eines Parlamentsmandats anstreben, machte er seine grundsätzlichen Auffassungen nun ‚praxisfhig‘. Er paßte sich an. Als Abgeordneter des Kreises Leschkirch ab 1906 identifizierte er sich — wie die anderen sächsischen Abgeordneten — zunächst mit der Linie der Andrssy-Partei, danach ab 1910 mit derjenigen von Istvn Graf Tisza. Obwohl er allmählich die pragmatische Grundhaltung und taktische Flexibilität von Sndor Wekerle, einem seiner politischen Lehrer,³² nachzuahmen begann, wurde er dennoch nicht zu einem grundsatzlosen Opportu-

28 a.a.O., S. 75.

29 a.a.O., S. 79.

30 a.a.O., S. 76.

31 a.a.O., S. 76.

32 a.a.O., S. 81 ff.

nisten. Er blieb — erstens — bei seiner Ablehnung dessen, was er „Chauvinismus“ nannte. Aus diesem Grunde wandte er sich gegen den Neo-Kossuthismus. Desgleichen gegen Andrassy's Militärprogramm³³ und Apponyi's Schulpolitik.³⁴ Er kritisierte sogar Tisza, „mit dem ich sonst in den Fragen der inneren Politik vollkommen übereinstimme“,³⁵ wegen seiner starren Einstellung in Angelegenheiten des Wahlrechts und der Nationalitäten.³⁶

Außerdem — zweitens — blieb Gratz, ein „eingefleischter ‚Siebenundsechziger‘“.³⁷ Er war nicht kompromißbereit gegenüber denjenigen Parteien, „die den 1867er Ausgleich ändern und sich von Österreich entfernen wollten ...“.³⁸ Diese unbedingte Ablehnung der Umwandlung Ungarns in einen vollständig souveränen magyarischen *Nationalstaat* wurde zum wichtigsten Bezugspunkt des politischen Verhaltens von Gustav Gratz. Jenseits des Gegensatzes von Staatsvolk und Nationalitäten, auch der Konkurrenz von Parteien und Ideologien fand er hier eine wirkliche Orientierungsmöglichkeit. Für seine grundsätzlichen politischen Auffassungen bedeutete dies: sein Liberalismuskonzept erfuhr eine weitere Modifizierung in pragmatisch-konservativem Sinne. Konkret gesprochen: als *Bürgersohn*, als sozialer Aufsteiger, und zugleich als Angehöriger einer Minderheit war er persönlich geradezu *prädisponiert* als Verfechter liberaler Politik, überhaupt politisch-gesellschaftlicher Modernisierung Ungarns in westeuropäischem Sinne. Zur Anpassung an den status quo aber sah er sich veranlaßt, als die politische Ordnung, in der er seit 1906 einen festen Platz und erste Karrierechancen fand, vom nationalen und sozialen Radikalismus, von Neo-Kossuthismus und Sozialismus in Frage gestellt wurde.

Die weitere Entwicklung von Gustav Gratz als Politiker bis zum Ende der Habsburgermonarchie stellte lediglich eine organische, konsequente Entfaltung der Voraussetzungen dar, die sich spätestens bis 1906 ergeben hatten. Nach heutigen Maßstäben erscheint er zwar als pragmatischer *Konservativer* mit liberaler Vergangenheit, — aber nach den Maßstäben der damaligen Zeit war er ein typischer Repräsentant jenes ungarischen Liberalismus, der Politikern wie J. Tisza, S. Wekerle, Gy. Andrassy u. a. trotz vieler Unterschiede dennoch gemeinsam war. Es handelte sich um Einzelpersonen und Gruppen, um Ideologien und Interessen, die zu konstitutiven Elementen des „dualistischen“ Systems als politischer und sozialer Ordnung geworden waren. Gratz blieb zeitlebens davon geprägt, daß er als Publizist und Parlamentarier,³⁹ als Wirtschaftsorganisator⁴⁰ und schließlich als Minister⁴¹

33 a.a.O., S. 81.

34 a.a.O., S. 79.

35 a.a.O., S. 77.

36 a.a.O., S. 82.

37 a.a.O., S. 67.

38 ebda

39 Im Jahre 1910 wurde er als Abgeordneter des Kreises Leschkisch wiedergewählt. Er erhielt nun auch die Stimmen der meisten rumänischen Wähler

bzw. Sektionschef Teil der transleithanischen Elite geworden war, — jenes dominierenden Kollektiv-Ego, das von sich wußte: „l'état c'est moi“.

IV

Das Jahr 1917 sieht Gratz bereits als Mitglied des ‚Establishments‘. Seine Laufbahn erfährt erst 1921 eine gravierende Störung: als einer der wichtigsten Träger „legitimistischer“ Politik steht er nach dem Scheitern der monarchischen Restauration vor den Trümmern einer perspektivenreichen Karriere.

Dagegen brachte der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie für Gratz' persönliches Fortkommen keine Zäsur von dauernder Bedeutung. Zwar mußte er 1918/19 zunächst den Verlust seiner amtlichen Funktionen, überhaupt eine tiefgreifende Erschütterung jener Lebensordnung hinnehmen, mit der er sich voll und ganz identifiziert hatte. Aber nicht *alles* wurde 1918/19 ‚anders‘: wie in Österreich und auch in Deutschland, so blieb auch in Ungarn die tradierte gesellschaftliche Infrastruktur der politischen und wirtschaftlichen Machtverteilung in hohem Maße erhalten. Trotz schwerwiegender Erschütterungen kam es letztlich nicht zu einem Austausch der Eliten. Was Gratz betrifft, so fand diese Kontinuität der Entwicklung konkret-biographischen Ausdruck: Kaum ein Dreiviertel Jahr nach dem Ende seiner Tätigkeit im Ministerium des Äußern übernahm er bereits Anfang Oktober 1919 wieder in Wien, wo ohnehin seine Familie ihren Hauptwohnsitz beibehalten hatte, ein wichtiges Amt als ungarischer Gesandter in Österreich.⁴²

Die politische Praxis Gratz' zunächst als Sektionschef im gemeinsamen Ministerium des Äußern, später als diplomatischer Repräsentant Ungarns in Wien kann hier ebenso wie die sich — im Januar 1921 — anschließende als Außenminister nicht im einzelnen dargestellt werden. Stattdessen sollen weitere Entfaltung und abschließende Gestaltung seiner politischen *Konzeption* in aller Kürze skizziert werden. Einige zusätzliche Hinweise ereignisgeschichtlicher Art sollen lediglich der Veranschaulichung dieser Ausführungen dienen.

Wie bereits erwähnt, war die politische Konzeption Gratz' einem gewissen Wandel ausgesetzt. Im Zusammenhang mit seinem Eintritt ins politische Leben Ungarns erfuhren seine — primär liberalen — Auffassungen besonders unter dem Eindruck der Reichskrise 1905/06 eine merkliche Än-

40 1912 wurde er geschäftsführender Direktor des „Gyáripárosok Országos Szövetsége“

41 Am 28. 1. 1917 wurde er als Sektionschef im Ministerium des Äußern Leiter der handelspolitischen Abteilung. Vom 15. VI. bis 16. IX. war er ungarischer Finanzminister im Kabinett Esterházy. Anschließend nahm er bis zum Ende der Monarchie wieder seine Stellung im Ministerium des Äußern ein. Seine Berufung in dieses Ministerium führte er selbst zurück auf die „persönlichen Sympathien“ (Lebenserinnerungen, S. 1) von István Graf Tisza und auf die Unterstützung durch die Kreise um Tisza, „denen ich politisch immer nahegestanden war.“ (ebda).

42 S. 121 f.

derung: sie nahmen pragmatisch-konservative Züge an. Diese Akzentverschiebung im *prinzipiellen* Bereich hatte auch *inhaltliche* Konsequenzen. Sie brachte es mit sich, daß im politischen Denken von Gratz zwei Bezugspunkte dominierend wurden, die nicht eigentlich „liberale“ Politik repräsentierten. Zum einen waren dies die Existenznotwendigkeiten des dualistischen Systems. Zum anderen die Interessen jener transleithanischen Gruppen und Schichten, die den sozialen status quo konservieren wollten.

Was die *reichspolitischen* bzw. — nach 1918 — die *außenpolitischen* Agenda anging, so konsolidierte, ja vollendete sich die Urteilsbildung Gratz' *spätestens* im Zusammenhang mit den Ereignissen des Umbruches im Jahre 1918. Er ‚lernte‘ aus der immerwährenden Vitalität des Nationalitätenproblems und schließlich aus den Folgeereignissen der Monarchiezerstörung vor allem dies Eine: die Monarchie unter einer historisch legitimierten Dynastie ist als Ordnungsfaktor im Südosten unersetzlich. Diese Überzeugung war ‚empirisch‘ untermauert: in ihr steckte politische Erfahrung, die Gratz als Journalist, Parlamentarier, Wirtschaftsfachmann, auch als Politiker auf Ministerebene hatte sammeln können. So wurde jene Lektion bestätigt, die er schon in seiner Jugend gelernt hatte, — nämlich, daß die ethnische Gemengelage des Südostens eine relativ neutrale, vermittelnde und lenkende Instanz erfordere.

Individuelle Lebenserfahrung und politische Erkenntnis waren es also gleichermaßen, die Gratz seit Anfang 1917 als Sektionschef bzw. als Minister dazu veranlaßten, seine reichs- bzw. außenpolitische Tätigkeit ganz auf das Ziel der Erhaltung der Monarchie auszurichten. Er gründete seine Loyalität dementsprechend nicht auf Sympathie oder Antipathie gegenüber dem Monarchen persönlich. Insofern unterschied er sich von seinem zeitweiligen Vorgesetzten, dem Minister des Äußern Ottokar Graf Czernin: „In seinen Augen war der Monarch eine Person, der er grollte, in meinen war er ein Begriff, der außerhalb von Haß und Liebe steht, eine über den Parteien stehende Institution, die verhindert, daß ein Land sich in leidenschaftlichen Parteikämpfen selbst zerfleische, eine Klammer, welche eine Anzahl sonst in bitterer und vielleicht blutiger Feindschaft miteinander lebender Völker zum friedlichen Fortschritt zusammenfaßt, damit sie nicht durch den ersten Windstoß zerstoßen werden.“⁴³

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Überzeugung ist u. a. sein unermüdlicher Einsatz bei den Friedensverhandlungen mit Rußland in Breszt-Litovszk und mit Rumänien in Bukarest zu sehen.^{43a} Wie bei diesen

43 So kommentierte Gratz den Umstand, daß er nach dem Zerwürfnis zwischen dem Monarchen und Czernin Mitte April 1918 seinerseits nicht ebenfalls demissionierte.

43a Zwischen Dezember 1917 und 11. II. 1918 nahm Gratz als rechte Hand Czernins an den Verhandlungen von Breszt-Litovszk teil, danach 27. II. und 7. V. 1918 an denjenigen in Bukarest. Zu Friedensverhandlungen und Auflösung der Habsburgermonarchie vgl. u. a. Gonda, Imre: Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Budapest 1977, bes. Teil III, Kap.

Gelegenheiten, so trat er auch anderweitig als wirtschafts- bzw. handelspolitischer Experte hervor. Wie er sich in Brest bei direkten Gesprächen mit Trotzki — vergeblich — um einen wirtschaftlich vernünftigen Kompromiß zwischen den weitgehenden deutschen Forderungen und den russischen Verhandlungspositionen bemühte, so versuchte er auch die Beziehungen der Donaumonarchie zum Deutschen Reich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten neu zu regeln. Auch dies, um die Monarchie langfristig zu stabilisieren. Und zwar ging es bei Verhandlungen zwischen den Mittelmächten besonders von September bis Anfang Dezember 1917 in Budapest sowie von Juli 1918 bis Mitte September 1918 in Salzburg um das Projekt eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes.⁴⁴ Gratz, der u. a. bei einer Audienz am 3. Januar 1918 die Bedenken des Monarchen gegen eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland zu zerstreuen versuchte, war überzeugt, daß die Habsburgermonarchie, gerade Ungarn, „nur durch eine bedeutende Erweiterung seines inneren Marktes und durch seine Zugehörigkeit zu einem größeren Wirtschaftsgebiet sich auch ohne gekünstelte Zollmauern in die europäische Wirtschaft einfügen können werde.“⁴⁵ Allerdings blieben diese Verhandlungen ohne Ergebnis: ‚Berlin‘ erstrebte eine echte Zollunion, während Österreich-Ungarn nur zu einer Annäherung via Präferenzzöllen bereit war, da es einige unterentwickelte Teile seiner Industriewirtschaft gegen die reichsdeutsche Konkurrenz abschirmen wollte. Hinderlich war auch, daß der Monarch fürchtete, eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland könne den erwünschten Friedensschluß mit den Westmächten erschweren.⁴⁶

Fortsetzung in Heft Nr. 2/1985

IV und Meckling, Ingeborg: Die Außenpolitik des Grafen Czernin. München 1969, bes. 6. Abschnitt.

44 Lebenserinnerungen, S. 1 f., 104 ff.

45 a.a.O., S. 2.

46 So der Monarch zu Gratz in der Audienz vom 3. I. 1918, a.a.O., S. 104.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1985

Band/Volume: [47](#)

Autor(en)/Author(s): Schödl Günter

Artikel/Article: [Ungarische Politik jenseits von Nationalstaat und Nationalismus: Gustav Gratz \(1875-1946\) 6-19](#)